Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zustellung durch Träger und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Donnerstag, den 23. Dezember 1926 — Nummer 287

Abmarsch zur Koalition

Ueberrumpelung der SPD-Arbeiter durch „linke" Führer
Große Koalition in Sachsen in Vorbereitung

Dresden, den 23. Dezember 1926.

Der Schleier ist gefallen. Der Sinn der in den letzten Tagen in der sozialdemokratischen Presse in Sachsen geführten Kommunistenhetze wird nunmehr allgemeinverständlich. Wir haben schon in den letzten Tagen darauf hingewiesen, daß der Sowjetgranatenschwindel des Vorwärts, der in der gesamten SPD-Presse abgedruckt wurde, sowie auch das gefälschte Zeitkinder der Dresdner Volkszeitung und alle die übrigen Lügenmeldungen und Hetzartikel der „linken" SPD-Presse gegen die Kommunisten nur den einen Sinn haben, unter den sozialdemokratischen Arbeitern Stimmung gegen die Kommunisten zu machen. Die Absicht der linken Führer konnte nur sein, in derselben Front wie der Parteivorstand auch in Sachsen der Großen Koalition die Bahn freizumachen und den Widerstand der SPD-Arbeiter zu brechen. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen der linken SPD-Führer hat sich diese Voraussage der Kommunisten bestätigt. Die linken sozialdemokratischen Führer bereiten sich zur Koalitionsregierung in Sachsen vor. Diese Tatsache ist nicht mehr zu bestreiten. Sie wird bestätigt nicht nur durch die Ablehnung der kommunistischen Vorschläge zum gemeinsamen Kampf für die Auflösung des Sächsischen Landtages, sondern auch durch die offene Propaganda „linkssozialdemokratischer" Führer in den sächsischen Parteiorganisationen. In der Oberlausitzer Volkszeitung vom Montag, den 20. Dezember deckt der verantwortliche Redakteur Bombach die Karten auf. In einem Bericht über die Bezirksversammlung der SPD in Löbau wird die Absicht der linken sozialdemokratischen Führer offen ausgesprochen. Nach diesem Bericht hat Bombach bei seinem Referat über die Lage in Sachsen folgendes ausgeführt:

„Es sei nicht möglich, eine reine Linksregierung zu bilden, weil — abgesehen von der Unzuverlässigkeit der Kommunisten — die vier Vertreter der ASPS eine solche Regierung nicht mitmachen; ebenso unmöglich sei zurzeit der Bürgerblock. Die Taktik der Partei, die Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen und mit einem scharfumrissenen Arbeitsprogramm vor die Wähler zu treten, müsse gutgeheißen werden. Nachdem jedoch alle Versuche, eine Regierung zu bilden, fehlgeschlagen seien und auch in der Zukunft keine Aussicht bestehe, auf dem bisher eingeschlagenen Wege zum Ziel zu kommen, müsse man den Verhandlungsweg beschreiten. Die nächsten Wochen werden Klarheit bringen. Jetzt haben die Parteigenossen im Land das Wort. Die verantwortlichen Instanzen der Partei müssen wissen, wie die Parteigenossenschaft über die Situation denkt, und die Parteigenossen haben die Pflicht, auszusprechen, was ist. Kommt eine Regierung, ganz gleich, mit welchen Gruppen zustande, dann muß sich die ganze Partei hinter die Fraktion stellen, bis uns eine spätere Wahl in die Lage versetzt, eine rein sozialistische Politik treiben zu können."

Es gelang, so geht aus dem Artikel der Oberlausitzer Volkszeitung hervor, diesem „linken" Koalitionsfreund Bombach, die Bezirksversammlung so gründlich einzuseifen, daß auch eine Anzahl Funktionäre dieser Stellungnahme Bombachs zustimmten und die Oberlausitzer Volkszeitung schließt ihren Bericht über die Versammlung mit folgender Feststellung:

„Am Schluß der äußerst sachlich geführten Diskussion konnte der Vorsitzende, Genosse Bombach, durch einstimmigen Beschluß feststellen, daß sich die Parteigenossen im Bezirk Löbau damit einverstanden erklären, daß der Versuch einer Regierungsbildung unter Hinzuziehung der der Sozialdemokratie nahestehenden Parteien im Landtag gemacht wird. Die Parteigenossen werden sich ebenso rückhaltlos hinter eine solche Regierung stellen, wie sie bisher die Politik der Parteiinstanzen und der Fraktion unterstützt haben."

Auf diese Weise versuchen jetzt die „linken" sozialdemokratischen Führer unter dem Druck des Parteivorstandes auch in Sachsen einen neuen Verrat an den Arbeitern zu begehen. Das, was Bombach in Löbau versucht, wird von anderen „linken" SPD-Führern fortgesetzt. Erinnert sei nur an die Haltung Klimpels, der in der Gewerkschaftszeitung offen für die Große Koalition Propaganda machte. Wie uns aus den Kreisen sozialdemokratischer Arbeiter berichtet wird, werden die Bestrebungen der „linken" SPD-Führer, eine Koalitionsregierung in Sachsen zu schaffen, in den Parteiorganisationen immer stärker betont und vertreten. Wenn man auch zunächst noch nicht mit der Volkspartei die Koalition verlangt, so befürwortet man aber zunächst eine Regierungskoalition mit den Demokraten, der ASPS und den Aufwertungsparteilern. Man hofft, nach dem Sturze einer solchen Minderheitsregierung den Weg zur Großen Koalition freizubekommen und die Kommunisten dann verantwortlich machen zu können. Das ist der alte Trick parlamentarischer Schieber, auf den wir schon verschiedentlich hingewiesen haben.

Inzwischen werden die Verhandlungen zur Bildung der Regierung unter den bürgerlichen Parteien fortgesetzt. Der Dresdner Anzeiger berichtet heute morgen, daß am Mittwoch wiederum Besprechungen stattgefunden haben. In einigen Punkten soll man bereits zu einer Einigung gekommen sein. Doch heißt es, so teilt die Telunion mit, die Fraktionsvertreter seien „infolgedessen Vereinbarungen noch nicht zustimmen können, ohne vorher die Zustimmung ihrer Fraktion einzuholen." Der Anzeiger bemerkt, daß, obwohl ein abschließendes Ergebnis noch nicht erzielt worden ist, sich der Eindruck verstärkt habe, daß bis zum Wiederzusammentritt des Landtages am 11. Januar eine Lösung herbeigeführt werden kann. Am 4. Januar werden die Verhandlungen zwischen den Fraktionen fortgesetzt.

Der Dresdner Anzeiger, der heute morgen auf die in Löbau gefaßte Entschließung Bezug nimmt, bemerkt, daß es nicht uninteressant sei, daß man in der SPD durchaus nicht ohne Widerspruch der Ablehnung jeder Koalition — zusieht. Es kann also damit gerechnet werden, daß die bürgerlichen Parteien vor einem endgültigen Abschluß ihrer Besprechungen auf Grund der Koalitionsbestrebungen der „linkssozialdemokratischen" Führer noch einmal den Versuch zur Verständigung und zur Bildung einer Großen Koalition in Sachsen unternehmen werden.

Es ist schon heute klar, und die gesteigerte Kommunistenhetze, die in den nächsten Tagen noch in verstärktem Maße fortgesetzt werden wird, weist darauf hin, daß die „linken" sozialdemokratischen Führer in Sachsen aus der ihnen unangenehmen Situation herauszukommen versuchen und bereit sein werden, wenn auch auf Umwegen, die Wünsche des Parteivorstandes zu erfüllen. Das aber wird ihnen nur gelingen, wenn es ihnen möglich ist, den Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter zu brechen. Und deshalb diese Lügen und diese Hetze, mit denen man die Ablehnung gemeinsamen Zusammengehens mit den Kommunisten in der Oeffentlichkeit nachweisen und begründen will. Das ist der ganze Zweck der Uebung.

Die sozialdemokratischen Arbeiter aber dürfen sich nicht aufs neue von den linken Phrasenern betrügen lassen. Wollen die „linken" Führer zur Großen Koalition und zum Bündnis mit dem Bürgertum, so dürfen sich die SPD-Arbeiter trotz aller Hetze nicht abhalten lassen, gemeinsam mit den Kommunisten zu marschieren, und die außerparlamentarische Front in den Gewerkschaften und Betrieben herzustellen. Gemeinsam den Kampf zu organisieren gegen die Sozialverräter in den eigenen Reihen, gegen den Bürgerblock in Sachsen und im Reich, für die Auflösung des Sächsischen Landtages.

Hungerweihnachten

Stettin, 23. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Vom Erwerbslosenausschuß war gestern eine Erwerbslosenkundgebung vor dem Rathaus einberufen worden, da der Magistrat weitere Verhandlungen mit dem Erwerbslosenausschuß zugesagt hatte. Ohne daß ein Verbot der Versammlung erfolgt wäre, wurde der Platz vor dem Rathaus durch ein ungeheuer großes Aufgebot von Schupo abgesperrt. Entgegen den Vereinbarungen weigerte sich der Oberbürgermeister, zur festgesetzten Zeit mit dem Erwerbslosenausschuß zu verhandeln. Mehrere tausend Erwerbslose marschierten daraufhin durch die Straßen Stettins zur Hafenterrasse, wo ein Bericht über das Verhalten des Oberbürgermeisters gegeben wurde. Nochmals wurde eine Delegation entsandt, die von den Erwerbslosen in der Richtung nach dem Rathaus begleitet wurde. In den Geschäftsstraßen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei die Polizei mit dem Säbel auf die Erwerbslosen einschlug. Bis gegen 8 Uhr dauerten die Auseinandersetzungen an. Die Kaufhäuser und Juweliergeschäfte in den großen Geschäftsstraßen schlossen vorzeitig den Verkauf. Mehrere Demonstranten wurden verhaftet. Die bürgerliche Presse entfaltet eine unverschämte Hetze gegen die Erwerbslosen und verlangt die Verstärkung der Polizei zu Weihnachten.

•

Kiel, 23. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Der Erwerbslosenausschuß und die KPD hatten hier ebenfalls zu einer Erwerbslosenkundgebung aufgerufen, der sich eine Demonstration von vielen tausend Erwerbslosen anschloß. Der SPD-Polizeivertreter hatte den Neumarkt beim Rathaus mit in die Bannmeile einbezogen. In mustergültiger Disziplin beim Aufmarsch der Erwerbslosen durchbrachen diese beim Rathaus die Sipolette, stimmten unter dem Fenster des Sitzungszimmers revolutionäre Lieder an und brachen in Hungerrufe aus. In der Sitzung gab die kommunistische Fraktion eine scharfe Erklärung gegen die Verhöhnung der Erwerbslosen durch den Magistrat ab, der alle Versprechungen mit Füßen tritt.

•

Ueckermünde, 23. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die hiesige Stadtverordnetenversammlung lehnte die Gewährung von Weihnachtsbeihilfen an die Erwerbslosen, Sozialrentner und Kleinrentner ab. Das erregte Zorn der Erwerbslosen, die im Zuhörerraum anwesend waren. Die bürgerlichen Stadtverordneten riefen die Polizei herbei, die den Saal räumte und viele Zuhörer verhaftete. Die bürgerlichen Stadtverordneten konnten nur unter dem Schutze der Gummiknüppel der Polizei den Saal des Rathauses verlassen, da sich gegen sie eine große Menschenmenge versammelt hatte.

•

Die SPD-Hetze geht weiter

Pazifistische Verteidiger der Junkers-Profite.

Die neuangekurbelte Hetze der sozialdemokratischen Presse gegen die KPD und die Sowjetunion wird fortgesetzt. Es ist bezeichnend, daß die jeweils fälligen „Enthüllungen" in der letzten Zeit zuerst in der Provinz-Presse auftauchen und dann durch die gesamte sozialdemokratische Presse gehen. Wir konnten gestern bereits darauf hinweisen, daß der Sowjetgranatenschwindel des Vorwärts durch den Beschluß der französischen Sozialisten, die das Material „zur Prüfung" der 2. Internationale unterbreiten wollen, auch international zu einer Hetze gegen die Kommunistische Internationale ausgenutzt werden soll. Wieder ist es eine „linke" SPD-Zeitung, die Frankfurter Volksstimme, die als erste den neuen Vorstoß unternimmt.

Unter der Ueberschrift „Reichswehroffiziere in Rußland" veröffentlicht die Volksstimme in großer Aufmachung Mitteilungen der Deutschen Militärkorrespondenz" die nach unseren Informationen von den jetzt in der Schweiz weilenden eng mit der Liga für Menschenrechte verbundenen früheren OC-Mann Mertens stammen, der durch seine Veröffentlichungen über die Femeorganisationen in der Weltbühne bekanntgeworden ist. Die Veröffentlichung spricht von einem System sogenannte „Vertrauensleute" der Reichswehr, das mit Hilfe ehemaliger Offiziere in Rußland aufgebaut worden sei. Einer dieser Vertrauensleute habe in einem Bericht an das Wehrministerium vom 7. Januar 1925 mitgeteilt, daß im April 1925 die Serienherstellung von schweren Geschützen und kurz darauf auch von einer Anzahl 10,5-Zentimeter-Kaliibergeschützen begonnen werden könne. Ein zweiter Bericht vom März 1925 aus Moskau teilt mit, daß 40 000 Handfeuerwaffen, und zwar: Gewehre und Karabiner fertiggestellt worden seien. Bis Ende Februar 1926 sollten weiter von den Junkers Werken 66 Kampfflugzeuge und 40 Beobachtungsflugzeuge fertiggestellt worden sein. Auch Haubitzen und Tankabwehrgeschütze würden im Laufe des Jahres hergestellt werden können. Die Berichte sollen angeblich Beschwerden darüber enthalten, daß die Sowjetregierung „die ganze Produktion absorbiert" und überhaupt die Lieferungen bedeutend erschwert hätte. Weiter sollen Abmachungen bestanden haben, wonach bei Erklärung der drohenden Kriegsgefahr, die in Rußland stationierten Kampfflugzeuggeschwader sofort nach Deutschland geflogen werden müßten.

Selbstverständlich werden diese neuen „Enthüllungen" der Frankfurter Volksstimme die Runde durch die gesamte Provinzpresse der SPD machen. Es ist nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß alle derartigen Enthüllungen der letzten Zeit, so pazifistisch sie sich auch gaben, mit einer geradezu aufopfernden Sorgfalt sich für die angeblich durch Sowjetrußland gefährdeten Profite der Junkers-Werke einsetzen.

Selbstverständlich hat die Sowjetunion, haben die Führer des ersten proletarischen Staates und der Roten Armee zu jeder Zeit alle Möglichkeiten ausgenutzt, um die Armee des siegreichen Proletariats auch mit Hilfe der höher entwickelten ausländischen Waffentechnik mit Geschützen und Flugzeugen auszurüsten. Aber die Tatsache allein, daß nachweislich aus den russischen Junkers Werken nicht ein einziges Flugzeug nach Deutschland, wohl aber 100 Flugzeuge für die Rote Armee geliefert worden sind, zeigt, daß es sich hier nicht um eine Ausrüstung der Armeen der Bourgeoisien anderer Länder, sondern um nichts anderes handelt, als um die Ausnutzung der technischen Erfahrungen zur Vervollkommnung und Stärkung der militärischen Streitkräfte der Roten Armee. Daß dabei im Jahre 1923, zu einer Zeit, als die deutsche Bourgeoisie in außerordentlicher Weise geschwächt war, diese Schwäche ausgenutzt hat und für die Sowjetunion günstige Lieferungsbedingungen aus den betreffenden deutschen Konzessionsbetrieben erzwungen hat, das können die Führer des russischen Proletariats vor der gesamten internationalen Arbeiterklasse jederzeit verantworten. Alles, was in den angeblichen „Enthüllungen" darüber hinausgeht, ist aus den Fingern gesogener Schwindel, mit dem das Schauermärchen der Bewaffnung der deutschen Reichswehr durch Sowjetrußland „bewiesen" werden soll.

Aber diese Enthüllungen haben noch eine andere Seite. Gleichzeitig mit dieser Hetzkampagne gegen Sowjetrußland, die im gegenwärtigen Moment angesichts der bedrohlichen Lage in Litauen und Polen einen aktuellen politischen Sinn hat, laufen die Vorschläge des Sozialdemokraten Loebe und der Demokraten wie Erkelenz zur „Republikanisierung" der Reichswehr. Diese Vorschläge sind durchaus Vorschläge zur Aufrüstung zur militärischen Stärkung einer selbstverständlich in erster Linie gegen den inneren Feind, außenpolitisch aber ausschließlich gegen Osten, das heißt gegen Sowjetrußland, gerichteten Armee. Die Herrschaften, die sich mit Händen und Füßen dagegen sträubten, als in einer anderen Situation und unter ganz anderen Umständen die Frage einer gegen den Westen gerichteten deutschen Armee gestellt wurde, haben getreu ihren Völkerbundsverpflichtungen nicht die geringsten Hemmungen mit den Methoden der übelsten Kriegshetze und mit einem Verteum-